ral contre cette décision. Il conclut à ce que la poursuite n° 2498 soit déclarée valable en application de l'art 40 LP.

Statuant sur ces faits et considérant en droit :

Ainsi que l'autorité cantonale le fait observer, l'art. 40 LP n'a pas trait au for de la poursuite ; il ne détermine que le mode de la poursuite et présuppose l'existence d'un domicile en Suisse pendant le délai de six mois. Or le domicile, de même que l'existence d'une maison de commerce dont une seule personne est titulaire — ainsi que c'est le cas en l'espèce — ne dépendent pas de son inscription au registre du commerce ; il suffit à cet égard que la maison soit effectivement exploitée dans un endroit déterminé. Dès lors cette maison peut également cesser d'exister en Suisse par le simple fait qu'elle n'y est plus exploitée et que son titulaire abandonne son domicile en Suisse. Dans ces conditions, la décision attaquée doit être confirmée par les motifs retenus par l'autorité cantonale.

On ne saurait en effet adopter le point de vue du recourant suivant lequel l'intérêt des créanciers exigerait la possibilité pour ceux-ci de poursuivre, pendant un délai de six mois, à son ancien domicile en Suisse un débiteur qui a abandonné ce domicile. Si le législateur avait voulu consacrer ce principe, il aurait dû le faire non seulement à l'égard du débiteur sujet à la faillite mais aussi à l'égard du débiteur soumis à la saisie. Or le législateur ne l'a pas fait, et son silence prouve qu'il n'a pas voulu introduire dans la loi ce principe.

Au reste, plusieurs dispositions de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes viennent corroborer cette manière de voir. C'est ainsi que l'art. 50 ne prévoit la possibilité de poursuivre en Suisse un débiteur domicilié à l'étranger que dans deux cas déterminés qui, comme l'instance cantonale l'a établi, ne sont pas réalisés *in casu*. Suivant l'art. 53, la continuation de la poursuite au dernier domicile du débiteur en Suisse n'est possible que si le débiteur transporte son domicile à l'étranger après que la communication de faillite lui a dejà été notifiée à son domicile en Suisse, ce qui n'est

pas le cas en l'espèce. Enfin l'art. 54 dispose que la faillite d'un débiteur est déclarée au lieu de son dernier domicile lorsque ce débiteur est « en fuite » et non pas lorsque, comme en l'espèce, il a simplement « changé » de domicile et s'est fixé à l'étranger. Dans ce dernier cas, le créancier est obligé de faire valoir ses droits à l'étranger et il n'y a aucun motif de maintenir pendant six mois un for de poursuite fictif en Suisse à côté du for existant à l'étranger.

Par ces motifs,

la Chambre des Poursuites et des Faillites

prononce :

Le recours est écarté.

---

72. Entscheid vom 2. Juli 1913 in Sachen Spinner.

Art. 144 SchKG : *Auch wenn eine Gruppenpfändung bewegliche und unbewegliche Sachen umfasst, sind* ***sämtliche Verwertungskosten*** *aus dem Gesamterlös zu decken ohne Rücksicht darauf, ob einzelne Gruppengläubiger nur die Verwertung der beweglichen Sachen verlangt haben.*

A. — In den Betreibungen Nr. 428 und 5455 des Rekursgegners Ernst Oßwald in Zürich gegen Hans Spinner in Örlikon pfändete das Betreibungsamt Örlikon am 8. Dezember 1911 eine mit 45,000 Fr. belastete Liegenschaft im Schätzungswerte von 44,000 Fr., eine Reihe von beweglichen Sachen und einen Teil der Lohnforderung des Schuldners. Der Pfändung schlossen sich die Rekurrenten an, Emil Spinner, Kaufmann in Zürich, die Ehefrau und die minderjährigen Kinder des Schuldners, Marg. Alice, Hans, Gertrud und Helene. Zunächst wurden die beweglichen Sachen und die Lohnforderung verwertet. Es ergab sich daraus ein Erlös von mehr als 2000 Fr. Später verlangte der Rekursgegner die Verwertung der Liegenschaft. Das Betreibungsamt erklärte ihm jedoch in einem Schreiben vom 19. März 1913, daß es die Verwertung unterlasse, wenn er nicht einen Kostenvorschuß von 200 Fr. leiste.

B. — Hiegegen führte der Rekursgegner Beschwerde mit dem Begehren, das Betreibungsamt sei anzuweisen, die Kosten der Verwertung der Liegenschaft aus dem Erlös, den die übrigen gepfändeten Gegenstände abgeworfen hätten, zu bestreiten.

Die untere Aufsichtsbehörde hieß die Beschwerde in dem Sinne gut, daß sie das Betreibungsamt anwies, die Liegenschaft auf die Steigerung zu bringen, ohne vom Rekursgegner einen Kostenvorschuß zu verlangen.

Gegen diesen Entscheid beschwerten sich die Rekurrenten bei der obern Aufsichtsbehörde des Kantons Zürich mit dem Antrage, die Beschwerde des Rekursgegners sei abzuweisen. Sie machten folgendes geltend: Der Gläubiger sei auch dann zur Leistung eines Vorschusses für eine von ihm verlangte Betreibungshandlung verpflichtet, wenn aus einer Verwertung bereits ein zur Deckung der Kosten genügender Erlös erzielt sei. Zudem könne der Rekursgegner auf den Erlös, den die verwerteten Vermögensstücke bereits abgeworfen hätten, keinen Anspruch erheben, weil die Forderungen der Ehefrau und der Kinder des Schuldners privilegiert seien. Die Steigerung der Liegenschaft werde wahrscheinlich ergebnislos bleiben. Man könne aber den privilegierten Gläubigern nicht zumuten, an die Kosten einer nutzlosen Verwertung, die sie nicht verlangt hätten, beizutragen. Liegenschaften und bewegliche Sachen bildeten nicht eine einheitliche, sondern gesonderte Pfändungsmassen.

Die kantonale Aufsichtsbehörde wies die Beschwerde durch Entscheid vom 17. Mai 1913 mit folgender Begründung ab: In der Regel, wenn an einzelnen Pfändungsgegenständen keine besondern Rechte bestünden, bildeten zwar sämtliche gepfändeten Vermögensstücke eine Pfändungsmasse und seien alle Verwertungskosten vor der Verteilung vom Erlöse abzuziehen. Daraus sei auch die Fassung des Art. 144 SchKG zu erklären. Indessen gebe es Fälle, wo die Kosten der Verwertung einzelner Objekte besonders zu behandeln seien, weil auch ihr Erlös ein besonderes Schicksal habe. So könne jedenfalls ein privilegierter Gläubiger sich mit dem Erlös der gepfändeten beweglichen Sachen zufrieden geben und auf den Erlös einer gepfändeten Liegenschaft verzichten, wenn er sich den übrigen Erlös nicht durch nutzlose Verwertungshandlungen wolle schmälern lassen. In einem solchen Falle könne ein anderer

Gläubiger nicht verlangen, daß die Liegenschaft auf Kosten des Gläubigers, der auf seine Pfändungsrechte verzichtet habe, verwertet werde, sondern er müsse die Kosten vorschießen und könne dann auch den aus der Verwertung über die Hypotheken hinaus erzielten Erlös ganz für sich beanspruchen. Hier liege aber die Sache anders. Der Rekursgegner habe auf die Pfändungsrechte an der Liegenschaft verzichten wollen und die Ausstellung eines Verlustscheines verlangt. Dem hätten sich aber die Rekurrenten widersetzt und damit verhindert, daß die Liegenschaft aus der Pfändung gefallen sei. Unter diesen Umständen rechtfertige es sich nicht, von der gesetzlichen Regel abzugehen und die Kosten der Liegenschaftenverwertung nicht aus dem Gesamterlös zu decken.

C. — Diesen Entscheid haben die Rekurrenten unter Erneuerung ihres Begehrens an das Bundesgericht weitergezogen.

Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht
in Erwägung:

1. — Nach Art. 68 SchKG ist der Gläubiger allerdings in der Regel verpflichtet, dem Betreibungsamte die Kosten einer von ihm verlangten Verwertung vorzuschießen. Da aber diese Vorschußpflicht nur den Zweck hat, die Forderung des Betreibungsamtes auf Zahlung der Gebühren und Ersatz der Auslagen sicherzustellen, so tritt sie natürlich in dem Fall nicht ein, wo das Amt bereits einen Geldbetrag erhalten hat, aus dem es sich für die genannte Forderung Deckung verschaffen kann (vergl. AS Sep.-Ausg. **14** Nr. 40 Erw. 1 *). Um einen derartigen Fall handelt es sich hier, da der Erlös der Verwertung der beweglichen Sachen und der Forderung zur Deckung der Kosten der Liegenschaftenverwertung hinreicht und, wie die Vorinstanz zutreffend ausgeführt hat, auch hiefür verwendet werden kann. Der Standpunkt der Rekurrenten, daß diejenigen Gläubiger einer Gruppe, die im Gegensatz zu andern die Verwertung bestimmter Gegenstände nicht verlangt haben, es sich nicht gefallen lassen müßten, daß die Kosten dieser Verwertung aus dem Gesamterlös der gepfändeten Gegenstände gedeckt würden, ist unhaltbar; denn die von einem Gruppengläubiger verlangte Verwertung findet nicht bloß für ihn, sondern zu Gunsten sämtlicher Gruppengläubiger statt (BGE **23** Nr. 136, Sep.-Ausg. **10** Nr. 61 Erw. 2, **13**

Nr. 41 Erw. 2**). Diejenigen Gläubiger, die nur die Verwertung eines Teiles der von einer Pfändung ergriffenen Gegenstände verlangt haben, haben denn auch nicht etwa einen definitiven Anspruch auf den hieraus erzielten Erlös. Vielmehr bestimmt Art. 144 SchKG ausdrücklich, daß die — endgültige — Verteilung erst stattfinde, wenn alle in einer Pfändung enthaltenen Vermögensstücke verwertet sind, und nach Art. 144 Abs. 4 SchKG haben die an der Pfändung beteiligten Gläubiger nur Anspruch auf den Reinerlös, also auf den Betrag, der übrig bleibt, wenn nach Art. 144 Abs. 3 SchKG aus dem Erlös sämtlicher für sie gepfändeten Gegenstände die Kosten der Verwertung gedeckt worden sind.

Wie sich die Sache verhält, wenn einzelne Gruppengläubiger auf ihr Pfändungspfandrecht an bestimmten einzelnen Gegenständen verzichten, braucht im vorliegenden Falle nicht erörtert zu werden.

2. — Der Rekurs ist übrigens auch deshalb unbegründet, weil den Rekurrenten die Beschwerdelegitimation fehlt. Die Frag der Deckung der Verwertungskosten wird erst bei der Schlußverteilung definitiv entschieden. Selbst wenn der Rekursgegner einen Vorschuß für die Kosten der Liegenschaftenverwertung geleistet hätte, so wäre er nach dem Gesagten trotzdem berechtigt, zu verlangen, daß die Kosten einer erfolglosen Verwertung bei der Schlußverteilung vom Erlös der übrigen gepfändeten Vermögensstücke abgezogen werden. Ebenso wird durch die dem Betreibungsamt erteilte Weisung, die verlangte Verwertung ohne Kostenvorschuß vorzunehmen, nicht definitiv entschieden, daß die Kosten dieser Verwertung aus dem Gesamterlös der gepfändeten Gegenstände zu bezahlen seien. Diese Weisung regelt lediglich ein Rechtsverhältnis zwischen dem Rekursgegner und dem Betreibungsamt. Die rechtlichen Interessen der Rekurrenten werden daher dadurch nicht berührt.

Demnach hat die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
erkannt:

Der Rekurs wird abgewiesen.

* Ges.-Ausg. **37** I S. 344. — ** Id. **33** I S. 826, **36** I S. 441.

73. Sentenza 9 luglio 1913 *nella causa* Brenni.

Art. 93 LEeF: Le decisioni cantonali concernenti la quotità pignorabile del salario del debitore non sono sindacabili dall'istanza federale fuorchè nei casi in cui esse violino un principio di diritto o non tengano conto di elementi di fatto pertinenti o riposino su constatazioni contrarie agli atti.

Nel determinare la quotità pignorabile si terrà conto delle risorse personali della moglie del debitore, e, se la moglie partecipa al pignoramento, anche di questa circostanza: non invece dei figli conviventi col debitore quand'essi siano in istato di guadagnarsi il loro sostentamento purchè lo vogliano. — La determinazione del guadagno indispensabile al debitore è da esaminarsi alla luce delle circostanze presenti. — Ammissibilità della revisione della sentenza mutate le circostanze di fatto.

Nell'esecuzione promossa da Luigi Hausmann in Monaco di Baviera contro Luigi Brenni in Chiasso per un credito di fr. 18 543.20, l'Ufficio di esecuzione di Mendrisio, dopo aver staggito tutte le attività del debitore in massima parte poi rivendicati dai figli e dalla moglie, pignorava anche la somma di fr. 190 mensili sullo stipendio pure mensile di fr. 340 percepito dal debitore quale impiegato delle Ferrovie federali in Chiasso.

Di tale provvedimento si aggravava il debitore presso l'Autorità cantonale di vigilanza. Egli domandava che la quota pignorabile venisse ridotta a fr. 70 al mese, allegando la sua posizione sociale, la sua età di oltre 60 anni, l'obbligo di provvedere per la moglie e per i due figli e quello di contribuire alla Cassa pensioni e malattie degli impiegati ferroviari con fr. 20 mensili. L'Autorità cantonale di vigilanza ha ammesso parzialmente il ricorso, riducendo la quota pignorata a fr. 150 mensili. L'Ufficio di esecuzione di Mendrisio aveva fatto osservare nella sua risposta al ricorso che i figli dell'escusso, maggiorenni e celibi, sono capaci di guadagnarsi il loro sostentamento, qualora lo vogliano: che la moglie Clementina nata Saroli, proprietaria di una fortuna in stabili di oltre fr. 35000, partecipava al pignoramento per fr. 70000, di modo che circa $^3/_4$ dell'ammontare pignorato dovrà toccare alla moglie e rientrare così nel patrimonio domestico. L'Auto-